

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Niedergesäß,

im Rahmen der heutigen Sitzung des KSA nimmt der Personalrat im Namen aller Mitarbeiter des Landratsamtes Ebersberg, mit mittlerweile weit über 600 Kolleginnen und Kollegen, zu der Ihnen bekannten Sitzungsvorlage und den Anregungen der Finanzmanagerin Stellung.

Es ist richtig, die Haushaltslage ist in vielen Bereichen angespannt. Dies wird sich auch in den kommenden Jahren nicht grundlegend ändern.

Es ist richtig, die Ausgaben des Landkreises zu hinterfragen und auf den Prüfstand zu stellen.

Seitens der Mitarbeiter sehen wir die Beschlussvorlage jedoch deutlich zu kurz gedacht und ehrlich gesagt würde es sich die Politik auch viel zu einfach machen, dieses Problem mit einer **pauschalen** Forderung der Personaleinsparung lösen zu wollen.

Das Landratsamt Ebersberg ist kein Handwerks- oder Industriebetrieb, der in schwierigen Zeiten bestimmte Bereiche „stilllegen“ oder abstoßen kann, um damit Kosten für Personal einzusparen.

Eine solche Betrachtung funktioniert nicht in der öffentlichen Verwaltung. Wir bewältigen Aufgaben für die Bürger\*innen, - für die Allgemeinheit. Dies sind v.a übertragene (Pflicht-) Aufgaben als auch freiwillige Leistungen des Landkreises zum Wohle der Bürger\*innen, der Allgemeinheit und des Landkreises - für die ganze Region.

Selbstverständlich ist stets eine dauerhafte Überprüfung des eingesetzten Personals an den vorhandenen Aufgaben durchzuführen. Selbstverständlich auch im Rahmen einer freiwerdenden Stelle. Dies ist aber langjährige Praxis, wird konsequent durchgeführt und auch durch das Controlling überwacht.

Machen Sie sich bitte eines bewusst: Die Mitarbeiter sind **das** Herzstück der Verwaltung. Sie sind diejenigen, die tagtäglich die Aufgaben des Landratsamtes erfüllen. Sie sollen Pflichtaufgaben umsetzen aber auch der Politik und den Bürger\*innen gerecht werden.

Unsere Kolleg\*innen leisten immer wieder enormes und halten über die Organisationseinheiten zusammen, was sich zuletzt auch bei der Bekämpfung von Corona wieder gezeigt und **bezahlt** gemacht hat. Sehr viele Kolleg\*innen haben über Monate sieben Tage die Woche an verschiedensten Stellen, ohne zu zögern, mitgeholfen.

Das ist durchaus nicht selbstverständlich, zeigt aber wie hoch die Motivation und der Zusammenhalt unter den Kolleg\*innen noch ist.

Viele sind auch erschöpft, mussten sich völlig neu organisieren – unsere Arbeitswelt hat sich in letzter Zeit sehr schnell verändert.

Gleichzeitig fordert die Politik, wir sollen keine Überstunden mehr machen und doch ständig on top arbeiten. Dies ist ein geradezu grotesker Widerspruch bei der Bewältigung der anstehenden Personal und Finanzprobleme und zeugt von wenig Einfühlungsvermögen in die Gesamtproblematik.

Diese Beschlussvorlage, der Vorschlag sämtliche Stellenanträge für das kommende Haushaltsjahr pauschal abzulehnen und darüber hinaus die Nachbesetzung freiwerdender Stellen dem Wohlwollen/Gutdünken der Amtsleitung und der Politik zu unterwerfen, ist schon fast blanker Hohn gegenüber den Mitarbeiter\*innen und definitiv äußerst demotivierend.

Genauso wie ein verantwortungsvoller Umgang mit den Kreisfinanzen haben die Dienstherren und **damit auch Sie** als verantwortliche Entscheidungsträger in den Kreisgremien eine Führsorgepflicht gegenüber jedem einzelnen Mitarbeiter, jeder einzelnen Mitarbeiterin. Werden Sie dieser gerecht! **Sie werden es sicher nicht, wenn sie diesem Vorschlag zustimmen.**

Wir fördern Personalentwicklung und werben aktiv mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um ein hervorragender Arbeitgeber in der Region zu sein. Stellen sie sich vor, ein Mitarbeiter bewirbt sich auf eine andere Stelle im Haus, weil er z.B. gerne den BL1/BL2 machen möchte oder eine Kollegin wird schwanger. Das Sachgebiet muss um die Nachfolge bangen, jeder Veränderung und Weiterentwicklung der Mitarbeiter\*innen möglichst verhindern. Das lähmt den gesamten Apparat, die Motivation und steigert den Konkurrenz**kampf** intern –bindet somit Energien, die für die Bewältigung der Aufgaben dringend gebraucht werden. Keine Führungskraft wird bereit sein, einen Wechsel eines Mitarbeiters zuzustimmen, wenn sie grundsätzlich befürchten muss, dass die Stelle nicht mehr besetzt wird. Jede Organisationseinheit muss darum bangen, ihre Aufgaben noch erfüllen zu können

Stellen Sie sich den Aufschrei in der Bevölkerung vor, wenn soziale Angelegenheiten, Baugenehmigungen, Förderungen ...nicht mehr, nicht rechtzeitig oder nicht zeitnah bearbeitet werden können.

Wir erwarten von der Politik und auch der Amtsleitung, dass sie nicht in den Strudel vermeintlich einfach aber kurzsichtiger Lösungen wie Personalkürzungen verfallen, sondern sehr ernsthaft prüfen, welche anderen konkreten Maßnahmen sie zur Verbesserung des Haushaltes beisteuern können. Stichwort geplante freiwillige Leistungen stoppen und auf weitere Projekte verzichten. Wo sonst können Kosten definitiv eingespart werden. Auch Kleinvieh macht Mist!

Mit dem geplanten Beschluss sehen wir definitiv das falsche Zeichen für eine weitere vertrauensvolle, konstruktive und motivierende Zusammenarbeit.

Werden Sie sich ihrer Führungs- und Führsorgeverpflichtung bewusst und handeln Sie, entscheiden Sie entsprechend.

Sie erwarten Leistung und Qualität, dann sparen Sie nicht an denen, die diese erbringen sollen.